



PositionLiberal 91

Die Kultur der Freiheit argumentativ verteidigen Liberales Gesellschaft gegen Rechtsextremismus und andere Freiheitsfeinde

JEDER MENSCH BRAUCHT
FREIHEIT, UM SEINE
ANLAGEN UND FÄHIGKEITEN
ENTFALTEN UND
VERWIRKLICHEN ZU KÖNNEN.
ER
DARF NICHT
VERDRÄNGT WERDEN UND
WISSENSCHAFTEN, STAGNIERT
DIE WIRTSCHAFT.
GÜNSTIGES LEBEN BRAUCHT
FREIHEIT GENAUSO, WIE DER
KÖRPER DIE LUFT ZUM ATMEN.

Liberales Institut

Harald Bergsdorf

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Spendenkonto: 266 9661 04
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Impressum:

Herausgeber
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

Tel.: 03 31.70 19-2 10
Fax: 03 31.70 19-2 16
libinst@freiheit.org
www.freiheit.org

Titelbild: Amadeu Antonio Stiftung

Produktion
COMDOK GmbH
Büro Berlin

1. Auflage 2010

DIE KULTUR DER FREIHEIT ARGUMENTATIV VERTEIDIGEN

Liberaler Gesellschaft gegen Rechtsextremismus
und andere Freiheitsfeinde

Harald Bergsdorf

Über den Autor:

Dr. Harald Bergsdorf, Jahrgang 1966, Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und Romanistik in Bonn, Freiburg im Breisgau und Paris (DAAD-Stipendiat). Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (2005) und der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (2007). Schwerpunkte: Rechts- und linksextreme Parteien. Dazu zahlreiche Artikel, Aufsätze und Bücher.

Inhalt

Einleitung	5
Rechtsextremismus gegen die Demokratie	7
„Zuwanderungsflut“	11
„Islamisierung“	11
„Arbeit für Deutsche“	13
„Ausländer gegen deutsche Wirtschaft“	14
„Überfremdung“	16
„Weg mit Hartz IV“	16
Gegen „Sozialabbau“	17
„Unsoziale Marktwirtschaft“	17
Gegen „die kriminellen Ausländer“	19
Für Diktaturen	19
Gegen Europa	24
Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr	26
Fazit	27

Einleitung

Der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg nennt den demokratischen Verfassungsstaat „die erfolgreichste Institutionalisierung politischer Freiheit in der Geschichte der Menschheit, die wir kennen“:¹ Wo kamen, fragt er rhetorisch, Menschen „den Idealen, mit deren Verkündung in den Umbrüchen des späten achtzehnten Jahrhunderts ein neues Zeitalter begann, näher [...] als im freiheitlichen Verfassungsstaat?“² Dennoch ist die liberale Demokratie auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts kein Selbstläufer. Ihre Existenz bleibt fragil – zumindest latent. Gerade der starke und stetige Strukturwandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat verunsichert viele Wahlberechtigte. Davon können Extremisten profitieren.

Zum Extremismus³ gehören mindestens drei zentrale Merkmale. Sowohl Rechts- als auch Linksextremisten meinen erstens, in ihrer Doktrin die einzig wahre Weitsicht gefunden zu haben: Der Wahrheitsanspruch von Extremisten scheint kategorisch. Ihr Welt- und Menschenbild ist hermetisch abgeriegelt. Deshalb kämpfen Extremisten zweitens vehement gegen andere Interessen, Wertvorstellungen und Lebensformen: Sie kennzeichnet ein Rigorismus im Denken, Formulieren und Handeln. Dabei fixieren sie einen „Sündenbock“, den sie zum Alleinverursacher von zentralen Missständen stilisieren und damit als Feindbild nutzen, das im Innern der eigenen Formation integrierend wirken soll: Zum Beispiel die USA, „Kapitalisten“, Ausländer oder Juden. Mitunter mutieren „Sündenböcke“ sowohl für Rechts- als auch für Linksextremisten zum Feind, der das Böse schlechthin, das Böse an und für sich, verkörpert. Freund-Feind-Denken, Fanatismus oder gar Hass heißen Haupttriebkraften extremistischer Politik; ebenso Verschwörungstheorien, die offenkundige Unterschiede zwischen Ideologie und Realität vernebeln sollen.

Deshalb fällt es Extremisten drittens schwer, demokratischen Pluralismus zu akzeptieren: Ihre heterophobe Gesinnung hält das Gemeinwohl für vorbestimmt und gibt dem Kollektiv grundsätzlich Vorrang vor Individualismus, den sie de-

-
- 1 Peter Graf Kielmansegg, *Das Experiment der Freiheit. Zur gegenwärtigen Lage des demokratischen Verfassungsstaates*, Stuttgart 1988, S. 43.
 - 2 Peter Graf Kielmansegg, *Das Experiment der Freiheit. Zur gegenwärtigen Lage des demokratischen Verfassungsstaates*, Stuttgart 1988, S. 7.
 - 3 Vgl. Uwe Backes; Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bonn/Baden-Baden 1989 ff.; Klaus Schroeder: *Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich*, Paderborn 2004; Harald Bergsdorf: *Links- und rechtsextreme Programmatik und Ideologien im Vergleich*; in: Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hrsg.): *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen 2006, S. 179 ff.

kadent nennen. Doch bereits bei Aristoteles heißt es: „Eine Vielheit ist das Volk, keine Einheit.“ Weil Extremisten meinen, absolute Wahrheiten bzw. irdische Heilslehren zu besitzen, weil sie überzeugt sind, in politischen Angelegenheiten unfehlbar zu sein, halten sie freie Wahlen für irreführend, überflüssig oder gar gefährlich. Deshalb bereitet ihnen Pluralismus oft auch intern Probleme.

Mit der Kombination aus kategorischem Wahrheitsanspruch, Antipluralismus und Rigorismus wenden sich Extremisten gegen die konkrete Ausgestaltung einer freiheitlichen Ordnung (zum Beispiel gegen den Föderalismus), missachten aber schwerpunktmäßig (neben zentralen Verfahrensregeln) die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie: Vor allem die Fundamentalgleichheit aller Menschen, also die normative Gleichwertigkeit aller Individuen – unabhängig von Unterschieden der Religion, sozialen Herkunft, Abstammung, Hautfarbe, Nationalität und körperlich-geistigen Gesundheit. Bereits bei Montaigne heißt es treffend: „Alle Menschen haben eine gemeinsame Eigenschaft, ihre Verschiedenheit“. Im Unterschied zum Extremismus jeglicher Richtung gründet die freiheitliche Demokratie auf einem Denken, das sich für fehlbar hält, die Vielfalt der Überzeugungen in einer offenen Gesellschaft grundsätzlich legitim findet, Politik nicht als Krieg gegen einen Feind begreift; ein Denken, das differenziert statt diskreditiert und Distanz zu sich selbst bewahrt.

In der politischen Realität gehören zum Extremismus unter anderem Parteien wie die NPD,⁴ aber auch die Linkspartei;⁵ beide unterscheiden sich stark voneinander, ähneln sich aber auch frappierend. Im Unterschied zur NPD hetzt die Linkspartei normalerweise nicht gegen „Fremdarbeiter“ (Ausnahme: Parteichef Lafontaine); beide agitieren auf unterschiedliche Weise gegen wirtschaftliche, soziale, religiöse, ethnische oder andere Minderheiten. Anders als die NPD versucht die Linkspartei üblicherweise nicht, die „Hitlerei“ (Sebastian Haffner) zu glorifizieren (Ausnahme: Täve Schur, einst Mitglied der PDS-Bundestagsfraktion). Doch beide, sowohl NPD als auch Linkspartei, weigern sich, jegliche Diktaturen und jegliche Verletzung der Menschenrechte klar und eindeutig zu verurteilen – so lobt die Linkspartei, die im Kern aus der SED stammt, immer

4 Vgl. Harald Bergsdorf: Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind, München 2007; Harald Bergsdorf: Rechtsextreme Parteien in Deutschland und Frankreich. Durch das Fernsehen bekämpft oder befördert?; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 29 (1998), S. 449 ff.; Harald Bergsdorf: Rhetorik des Populismus am Beispiel rechtsextremer und rechts-populistischer Parteien wie der „Republikaner“, der FPÖ und des „Front National“; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31 (2000), S. 620 ff.; Harald Bergsdorf: Aufklären oder ausblenden? Rechtsextreme im Fernsehen; in: Journalist, 11/2006, S.38 ff.

5 Vgl. Harald Bergsdorf: Die neue „Linke“. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008; Harald Bergsdorf: Fakten statt Legenden. Argumentationshilfen gegen die „Linke“ Lafontaines und Gysis, Bonn 2009.

wieder das kubanische Regime und lässt Distanz zum SED-Regime vermissen (und damit zu sich selbst); Rechtsextremisten loben die Hitler-Diktatur und neuerdings auch das SED-Regime (unter anderem wegen dessen Ausländerpolitik und wegen dessen Distanz zu Israel). Auf unterschiedliche Weise agieren und agitieren sowohl Rechts- als auch Linksextremisten demokratiefreundlich bzw. -feindlich und diktatorisch.

Rechtsextremismus gegen die Demokratie

Gerade auch Rechtsextremismus beunruhigt und erschüttert immer wieder die Bundesrepublik: Durch Wahlerfolge, aber auch durch körperliche Gewalt; Gewalt meist gegen Menschen mit (und ohne) Zuwanderungsgeschichte; Gewalt normalerweise von feigen Horden gegen Einzelpersonen. Hinzu kommen rechtsextreme Aufmärsche, Einschüchterungsversuche, Demagogie und Schmierereien. Gerade der starke und stetige Strukturwandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat verunsichert viele Wahlberechtigte. Es gibt offenbar keine moderne, komplexe, dynamische Gesellschaft ohne Rechtsextremismus – mehr oder minder ausgeprägt. Ein „besenreines“ (Rudolf van Hüllen) Gemeinwesen bleibt Utopie.

Der Kölner Soziologe Erwin Scheuch nannte Rechtsextremismus frühzeitig eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“. Das gilt weiter oder gar mehr denn je. So stieg 2008 bundesweit die registrierte Zahl rechtsextremer Straftaten auf rund 20.000 – vor allem Propagandadelikte (rund 15.000), Volksverhetzung (rund 3.000), Sachbeschädigungen und Körperverletzungen (jeweils rund 1.000). Seit vielen Jahren gibt es in West-, aber vor allem in Ostdeutschland⁶ ein hohes Niveau an rechtsextremen Straftaten, darunter auch Tötungsdelikte.

Nur ein besonders grausamer Fall: In Potzlow/Uckermark töteten drei junge Männer (zwei davon zur Tatzeit 17, einer 23 Jahre alt) im Juli 2002 den 16-jährigen Marinus Schöberl. Vor ihrer Tat hatten die alkoholisierten Täter ihr Opfer geschlagen, gedemütigt und beschimpft: Sie nannten Schöberl feminin, aber auch „Jude“ und „undeutsch“. Mit ihrer Tat imitierten sie eine besonders grausame Tötungsart, die sie kurz zuvor in einem Privatsender gesehen hatten

⁶ Vgl. Harald Bergsdorf: Fruchtbare Felder. Rechtsextremismus in Ostdeutschland; in: Deutschland-Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 1/2009.

(„Bordsteinkick“). Rechtsextreme Einstellungen (zumindest latent), Gruppendynamik, die Orientierungslosigkeit der Täter, ihre Langeweile, ihr Frust und vor allem ihr eklatanter Mangel an Empathie förderten ihre Tat bis zur Tötung ihres Opfers, das sie in einer ehemaligen LPG vergruben. Moralische Mindeststandards fehlten ihnen. Sie zählen zu den besonders brutalen Tätern im deutschen Rechtsextremismus nach „Hitlerei“ (Sebastian Haffner) und SED-Diktatur.

Hinzu kommt der parteipolitische Rechtsextremismus. So gelangte die NPD im August 2009 in Sachsen erneut in den Landtag – ohne ein großes Thema wie Hartz IV und trotz interner Dauerquerelen; zuvor hatte sie es seit ihrer Gründung 1964 nie geschafft, in einen Landtag zurückzukehren – schon gar nicht von einer Legislaturperiode zur nächsten wie 2009. In Thüringen hat sich die NPD bei der Landtagswahl im August 2009 prozentual mehr als verdoppelt, wenn auch unterhalb von 5%. Seit 2006 agiert und agitiert eine NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Inzwischen gibt es nur noch drei Bundesländer, in denen es bislang keine rechtsextreme Landtagsfraktion gab: Nordrhein-Westfalen, Saarland und Thüringen.

Bei der Bundestagswahl 2009 schaffte es die NPD, sich zu stabilisieren (gut 630.000 Zweitstimmen; 1,5%) und wieder an der staatlichen Parteienmitfinanzierung zu partizipieren (anders als REP und DVU). Unterdessen dämmern REP und DVU zunehmend im politischen Wachkoma. Davon könnte die NPD profitieren, indem sie Wähler und Mitglieder gewönne. Im Herbst 2009 gelangte bei der Kommunalwahl in der einwohnerstärksten Stadt des einwohnerstärksten Bundeslandes, in Köln, eine rechtsextreme Anti-Islam-Gruppierung mit einer Fraktion erneut in den Stadtrat – auch hier keine komplette Selbstzerlegung nach einer Legislaturperiode wie sonst oft.

Insgesamt agieren in Deutschland derzeit über 670 rechtsextreme Parlamentarier in Kommunen und Landtagen. Ungeniert nutzen sie Parlamente als Bühne für kalkulierte Provokationen, für mediale Selbstdarstellung und als organisatorisch-finanzielle Basis. Gerade durch ihre Präsenz in Parlamenten versuchen rechtsextreme Antidemokraten, den Eindruck zu erwecken, bei ihnen handele es sich um normale Parteien, obwohl ein Teil von ihnen sogar mit gewaltbereiten Neonazis kooperiert. Hinzu kommt: Das hohe Potenzial an (verdrossenen und vor allem desinteressierten) Nichtwählern lässt sich erfahrungsgemäß teilweise auch von rechtsextremen Parteien mobilisieren, wenn es gut für sie läuft. Kurz: Rechtsextremismus ist in Deutschland keine Massenbewegung. Dennoch gibt es keinen Grund, sich im Sessel zurückzulehnen und Entwarnung

zu geben – gerade auch deshalb nicht, weil sich der Rechtsextremismus seit einigen Jahren modernisiert.⁷

Verstärkt versuchen Rechtsextremisten seit einigen Jahren, die eigene Demokratieferne oder gar –feindschaft zu verhüllen, um sich selbst zu verharmlosen und zu tarnen – wie ein trojanisches Pferd. Denn sie wollen vor Ort stärker Wurzeln schlagen, Einfluss ausüben und Wahlerfolge einfahren. Deshalb werfen sie serienmäßig Nebelkerzen. Durch verstärkte Präsenz vor Ort, etwa durch angeblich unpolitische Familienfeste und regelmäßige Info-Stände, wollen sie den Anschein der Normalität und Aktivität erwecken. So tarnen sich rechtsextreme Hardliner als Weichspüler.

Deshalb rücken sie vor Ort relevante Themen in den Vordergrund ihrer Propaganda; Themen, die viele Menschen beschäftigen; Themen wie Zuwanderung/Integration, Moscheebauprojekte, „Sozialabbau“ und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Ihre menschenverachtenden Versuche, die Massenverbrechen Hitlers zu bestreiten, zu bagatellisieren, zu beschönigen oder gar zu bejubeln, schieben sie unterdessen gerne mal in den Hintergrund, gerade in Wahlkampfzeiten. Kurz: Rechtsextremisten betreiben zunehmend eine Art taktische Zivilisierung. Inhaltlich, aber auch im Auftreten wollen sie sich ein anderes und neues Image geben – inzwischen tragen Rechtsextremisten sogar Palästinensertücher.

Auch wenn sich Rechtsextremisten stärker als früher als politische Saubermänner präsentieren: Ihre Ideologie und Demagogie sind nach wie vor schmutzig. Im Kern schüren sie Ressentiments gegen die Demokratie und Sentiments für Diktaturen. Demokratieferne und Diktaturnähe kennzeichnet ihre Ideologie, die vor allem unveräußerliche Menschenrechte negiert. So warnen Rechtsextremisten vor einem Deutschland mit Menschen ohne „gemeinsames Aussehen“; sie weigern sich, dunkelhäutige und neue Deutsche als Deutsche anzuerkennen, darunter die deutschen Fußballnationalspieler und Starkicker Cacao, Mesut Özil, Jérôme Boateng, Gerald Asamoah, David Odonkor und Patrick Owomoyela, wobei eine türkische Minderheit Özil heftig beschimpfte für seine Entscheidung zugunsten der deutschen Nationalmannschaft.

Im Mai 2007 versuchte ein rechtsextremer Landtagsabgeordneter sogar, Asylbewerber und „Wohlstandsnegern“ in NSDAP-Manier das Menschsein abzusprechen: „Für wen das alles unterschiedslos Menschen sind, der vermag das schreiende Unrecht aus der Bunten Republik Deutschland nicht mehr zu

⁷ Vgl. Harald Bergsdorf: „Die Vier-Säulen-Strategie der neuen NPD“; in: Deutschland-Archiv, 1/2008, S. 14 ff.

erkennen.“ 2004 geriet ein anderer rechtsextremer Landtagsabgeordneter wegen seiner Gewalttätigkeit in Konflikt mit der Justiz, weil er bei einer Auseinandersetzung eine am Boden liegende Frau geschlagen und getreten hatte. Doch gerade vor Wahlen wollen Rechtsextremisten von ihren Äußerungen und Aktivitäten ablenken, um ihren Kern zu verhüllen und zu verdecken. Stattdessen möchten sie harmlos und sozial engagiert scheinen. Das gilt es, ernst zu nehmen, gleichermaßen ohne Dramatisierungen oder Verharmlosungen. Kurz: Rechtsextremismus wird seit einiger Zeit gefährlicher, weil es zumindest Schlechtinformierten und Unbedarften weniger leicht fällt, ihn zu enttarnen und zu entschleiern.

Weil rechtsextreme Demagogie vor allem mit Halbwahrheiten hantiert, die oft schwerer zu widerlegen sind als ihre glatten Lügen, ist es wichtig, ihre Agitationsmuster, Legenden und Demagogie noch stärker zu unterminieren – und zwar durch Fakten, Fakten, Fakten frei nach Hegel: „Das Wahre ist das Ganze“. Gerade weil rechtsextreme Ideologie die Deutungshoheit über Geschichte und Gegenwart (sowie die Zukunft) beansprucht, gilt es, ihr stärker entgegenzuwirken – mit Argumenten im Klartext (statt Panikmache) nach einer Devise Schopenhauers: „Man gebrauche gewöhnliche Worte, sage ungewöhnliche Dinge“, nicht umgekehrt. Es gibt schon genug Beiträge über Rechtsextremismus, die eher einem Motto von Karl Kraus folgen: „Es genügt nicht, keine Gedanken zu haben; man muss auch unfähig sein, sie auszudrücken“.

Um rechtsextreme Ideologie und Agitation durch Fakten bzw. Argumente im Klartext zurückzudrängen, bleibt es wichtig, die komplexe historische, politische und soziale Wirklichkeit sowohl ausgewogen als auch allgemeinverständlich zu erklären. Ziel muss es sein, eine differenzierte Sichtweise sowie eine deutliche Haltung an den Tag zu legen. Sicher gibt es leichtere, aber auch schwerere Aufgaben – selbst die Relativitätstheorie Albert Einsteins lässt sich differenzieren in einem Satz erklären: „Drei Haare auf dem Kopf sind relativ wenig, drei Haare in der Suppe relativ viel“.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremer Demagogie muss „die großen Vereinfachungen vermeiden und doch die Komplexität der Dinge verständlich machen. [...] Komplizierte Zusammenhänge zu erklären, ist eine Hauptaufgabe demokratischer“ Streitkultur (Ralf Dahrendorf). Um Rechtsextremismus dauerhaft und nachhaltig, also strukturell statt nur konjunkturell, zu verkleinern und klein zu halten, gilt es, politisch und gesellschaftlich frühzeitig gegenzusteuern und ihn hart, aber selbstverständlich nach Recht und Gesetz zu bekämpfen. Dazu gehört in einer liberalen Gesellschaft eine argumentative Auseinandersetzung im Alltag. Es geht darum, zu intervenieren statt zu resi-

gnieren – frei nach Franklin Delano Roosevelt: „Das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht“.

„Zuwanderungsflut“

Zu den Schwerpunkten rechtsextremer Rhetorik gehört es, vor einer „Zuwanderungsflut“ zu warnen – mit dieser Metapher aus der Sprache der Naturkatastrophen wollen sie Ängste schüren. Tatsache ist: Seit den 90er Jahren ist die Zahl der Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge massiv gesunken. Die Zahl der Asylbewerber ist laut Bundesamt für Asyl und Flüchtlinge von fast 450.000 im Jahr 1993 auf heute rund 20.000 pro Jahr gesunken – das ist ein bundesweiter Rückgang von über 90%. Zuletzt haben insgesamt sogar, erstmals seit Jahrzehnten, mehr Menschen Deutschland verlassen als hierher gekommen sind (740.000 gegenüber 680.000); damit ist Deutschland derzeit kein Land der Massenzuwanderung, sondern es ist ein Abwanderungsland.

Wer über Zuwanderung spricht, muss auch über Abwanderung reden, gerade Abwanderung von qualifizierten und integrierten Menschen („brain drain“). Im Osten Deutschlands, wo der Rechtsextremismus nach 60 Jahren Diktatur stärker ist als im Westen, liegt die Ausländerquote sogar bei ganzen 2% – Ausländerfeindlichkeit fast ohne Ausländer (laut Umfragen überschätzen viele Befragte gerade im Osten den dortigen Ausländeranteil). Wer also vor einer „Zuwanderungsflut“ warnt, emanzipiert sich von den Fakten. Anders als Anfang der 90er Jahre gibt es heute keine Massenzuwanderung nach Deutschland.

„Islamisierung“

Islam und Islamismus unterscheiden sich wie ein Kirchturm und ein Küchenhocker. Darüber will rechtsextreme Rhetorik hinwegtäuschen. Deshalb warnt sie vor einer „Islamisierung“, um alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen. Tatsächlich lebt die übergroße Mehrheit der Muslime gesetzestreu in Deutschland. Sie praktiziert ihren Glauben bzw. ihre Kultur friedlich und will sich integrieren. Muslime sind längst ein zentraler Teil der bundesdeutschen Gesellschaft. Nur eine kleine Minderheit der Muslime verbreitet Hass und propagiert bzw. praktiziert Gewalt – sowohl gegen Muslime als auch Nichtmus-

lime. Laut Verfassungsschutz neigt nur 1 % der Muslime zum Islamismus, das heißt, verweigert sich den Grundwerten des Grundgesetzes.

Im Kontrast zur rechtsextremen Agitation gehört das Recht, seinen Glauben friedlich zu praktizieren, essentiell zur liberalen Ordnung des Grundgesetzes. Selbstverständlich genießen deshalb auch Muslime in der Bundesrepublik eine garantierte Religionsfreiheit – das heißt Freiheit zur Religion, aber auch Freiheit von Religion. Umso wichtiger ist es, zum einen islamophobe Rechtsextremisten zu bekämpfen, die sich weigern, zwischen Islam und Islamismus zu differenzieren, also zwischen friedlicher Religion und politischem Missbrauch einer Religion.

Zum anderen gehören Islamisten zu den Fanatikern, die das friedliche Zusammenleben in Deutschland unterminieren, die religiösen Pluralismus und damit letztlich Freiheit für Nichtmuslime und Muslime ablehnen und abschaffen wollen. Auch sie verdienen konsequente Gegenwehr. Allerdings prägt Ambivalenz das Verhältnis von Rechtsextremisten zum Islam. Einerseits wenden sie sich vehement gegen jegliche Moscheen und damit gegen das Grundrecht auf Religionsfreiheit. Andererseits loben Rechtsextremisten den Islam, weil er Integration verhindere, wie sie meinen. Islamismus und Rechtsextremismus teilen sogar mehrere Ideologiefragmente: Antisemitismus, Antiamerikanismus, Antikapitalismus und NS-Apologik bzw. -Negationismus.

Vielfach basiert rechtsextreme Agitation und Demagogie gegen Muslime auf kursierenden Klischees, die mit der Wirklichkeit wenig bis gar nichts zu tun haben. So beteiligt sich – entgegen vielen Behauptungen – die große Mehrzahl der Schüler und Schülerinnen aus muslimisch geprägten Ländern (darunter irakische Christen) sowohl am Schwimmunterricht als auch an Klassenfahrten. Nur eine kleine Minderheit (unter 10 %) entzieht sich dem Schwimmunterricht und/oder Klassenfahrten. Ein Irrtum ist auch die Annahme, Migranten aus muslimischen Herkunftsländern stützten sich vor allem auf staatliche Hilfen. Tatsache ist: 80 % von ihnen beziehen entweder Lohn oder sind selbstständig. Viele Muslime sind, damit verknüpft, auch gesellschaftlich besser integriert als manches Vorurteil unterstellt. So sind mehr als die Hälfte der Muslime Mitglied in einem deutschen Verein oder Verband. Nur 1 % aller muslimischen Herkunftsgruppen pflegt keine Alltagskontakte zu Deutschen und äußert auch keinen solchen Kontaktwunsch.

„Arbeit für Deutsche“

Rechtsextreme Rhetorik warnt vor Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als Gefahr für den Arbeitsmarkt. Tatsache ist: Rechtlich sind Inländer und EU-Bürger bei Bewerbungen für die gleiche Stelle einem Ausländer vorzuziehen. Tatsache ist auch: Bewerber mit ausländisch klingenden Namen erhalten, wie Tests ergeben haben, bei identischen Qualifikationen viel seltener Einladungen zu Bewerbungsgesprächen als Bewerber mit deutsch klingenden Namen. Das gilt es zu berücksichtigen in Diskussionen über die höhere Arbeitslosenquote von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Faktisch konkurriert die übergroße Mehrheit der Ausländer keineswegs mit deutschen Arbeitskräften und umgekehrt. Vielmehr braucht der Arbeitsmarkt dringend immer wieder sowohl ausländische Fachkräfte („brain gain“) als auch Geringqualifizierte. Trotz Finanz- und Exportkrise gibt es in Deutschland derzeit immer noch über 300.000 offene Stellen, wobei die Bundesagentur davon ausgeht, nur knapp die Hälfte der offenen Stellen zu kennen. In den letzten Jahren bremste der Facharbeitermangel in einigen Branchen sowohl Wachstum als auch Beschäftigung. Wie stünde es um bundesdeutsche Universitäten ohne Wissenschaftler aus aller Welt? Längst gibt es zwischen den Industrieländern einen globalen Wettbewerb um Fachkräfte. Deshalb ist es eine Herausforderung, wenn die Zuwanderung schrumpft, die Abwanderung steigt und der Fachkräftemangel wächst. Denn das Qualifikationsniveau der meisten Abwanderer übersteigt signifikant das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Gesamtbevölkerung in Deutschland.

Seit 2003 sind, mit wachsender Tendenz, tatsächlich fast 180.000 Fachkräfte in andere Industriestaaten ausgewandert – dabei sind Deutsche, die aus dem Ausland zurückkehrten, schon herausgerechnet. Besonders betroffen ist der Medizin-Sektor. So haben 2008 genau 3065 vorwiegend in Deutschland ausgebildete Ärzte das Land verlassen. Insgesamt praktizieren derzeit rund 19.000 deutsche Ärzte im Ausland. Gleichzeitig wächst in den jungen Bundesländern drastisch der Ärztemangel. Dem Fiskus entgehen durch die Fortzüge Milliarden: Die steuerlichen Folgekosten dessen liegen pro Arzt bei einer Million Euro – die Berechnungen zeigen, wie viel Geld dem Staat insgesamt entgeht, wenn ein Mediziner das Land verlässt und nicht wieder zurückkehrt. Wenn nur ein Drittel der Ärzte im Ausland bliebe, verlöre der deutsche Staat allein für das Jahr 2008 knapp 1,1 Milliarden Euro – ohne Berücksichtigung der Ausbildungskosten. Zuwanderung von Hochqualifizierten kann einen solchen Fachkräftemangel kompensieren.

Kurz: Gut ausgebildete Migranten arbeiten bislang oft in den Branchen, die händeringend gut ausgebildete Leute suchen; schlecht ausgebildete Migranten arbeiten üblicherweise dort, wo kein Deutscher arbeiten will, weil die Arbeit schmutzig, körperlich schwer oder gar gefährlich ist samt besonders belastenden Arbeitszeiten und geringen Löhnen. Ohne ausländische Erntehelfer zum Beispiel würden deutsches Obst und Gemüse auf deutschen Feldern verfaulen; ohne ausländische Reinigungskräfte häuften und türmten sich Müllhaufen in den Städten; ohne ausländische Bus- und Straßenbahnfahrer bliebe oft nur, zu Fuß zu gehen.

Durch die EU-Osterweiterung gewinnt Deutschland ein zusätzliches Arbeitskräftepotenzial von mehr als 100 Millionen EU-Bürgern, die als solche im Kern keine Ausländer sind. Zugleich gibt es in Deutschland „stille Reserven“: Ältere, Frauen, jüngere Menschen, die gern in Vollzeit arbeiten würden und vor allem auch bereits hier lebende Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, das heißt Menschen, die selbst oder deren Großeltern oder Eltern nicht (alle) aus Deutschland stammen. Kurz: Deutschland braucht keine Massenzuwanderung von EU-Bürgern oder Ausländern, ist aber auf Zuwanderung vor allem von Qualifizierten angewiesen, gerade auch aus demographischen Gründen – 2009 lebten erstmals mehr über 60-jährige Menschen in Deutschland als unter 20-jährige; die Friedhöfe verzeichnen mehr Zulauf als die Kreißsäle; weil die Geburtenraten sinken bzw. stagnieren und die Lebenserwartung steigt, wächst das Durchschnittsalter.

„Ausländer gegen deutsche Wirtschaft“

Rechtsextreme Rhetorik warnt, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ruinierten die heimische Wirtschaft. Tatsache ist: In Deutschland leben derzeit rund 15 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, das sind rund 20% bzw. ein Fünftel der Bevölkerung, darunter rund neun Millionen Neudeutsche. Einerseits gibt es unter Menschen mit Zuwanderungsgeschichte überdurchschnittlich viele Geringqualifizierte (nur eine Ausnahme von dieser Regel: die hohe Quote an gut qualifizierten Menschen, die bzw. deren Familien bzw. Teile davon aus Vietnam stammen), Geringverdiener, Arbeitslose und Empfänger von Sozialleistungen, deren Integration in den Arbeitsmarkt zu den zentralen Aufgaben gehört – Integration durch Bildung, durch Fordern und Fördern; vor allem Bildung erhöht langfristig die Zahl der Leistungsträger und senkt die Zahl der Leistungsempfänger; bislang haben 40% der Jugendlichen ohne Haupt-

schulabschluss eine Zuwanderungsgeschichte – vor allem wegen fehlender oder verfehlter Integration bzw. Integrationspolitik.

Andererseits sinkt inzwischen die Schulabbrecherquote unter Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte und steigt die Zahl der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte, die einen Kindergarten besuchen und frühzeitig Deutsch lernen – neben gemeinsamen demokratischen Grundwerten gehören Grundkenntnisse des Deutschen zu den zentralen Voraussetzungen für Integration. Deutlich häufiger als ihre Großeltern und Eltern verlassen Angehörige der zweiten und dritten Generation heute das deutsche Schulsystem mit einem Schulabschluss – gute Beispiele für einen Bildungsaufstieg.

Zwar ist das Bildungsniveau der Migranten türkischer Herkunft insgesamt nach wie vor unterdurchschnittlich: gut ein Viertel ohne Schulabschluss, mehr als die Hälfte ohne Ausbildung, wobei hier die Generation der „Gastarbeiter“ mitgezählt ist, die längst das Rentenalter erreicht hat. Die „Gastarbeiter“ kamen seinerzeit keineswegs als neue Bildungselite nach Deutschland. Sie stammten überproportional aus bildungsfernen Schichten; damals lautete ein zentrales Anwerbekriterium: Die Angeworbenen mussten gering qualifiziert sein; ihre Kinder landeten oft allein deshalb in Sonderschulen, weil sie schlecht oder kein Deutsch sprachen; ein eklatantes Beispiel für Talentvergeudung. Gerade wer in Zeiten rasanter Globalisierung aus Chancen Erfolge machen will, muss Potenziale bestmöglich ausschöpfen.

Von ihren Eltern, die heute meist Rentner sind, haben, wenig überraschend, sogar zwei Drittel keinen Schulabschluss. Doch bei den unter 30-Jährigen gilt das nur noch für 6%. 17% der unter 30-jährigen Einwanderer türkischer Herkunft haben mittlerweile schon das deutsche Abitur. Das heißt: Es gibt hierbei zwar nach wie vor einen deutlichen Abstand zur deutschen Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte. Zugleich zu beobachten ist aber ein größerer und wachsender Abstand zur Generation der Eltern oder Großeltern.

Hinzu kommt: Inzwischen engagieren sich zahlreiche Migranten und ihre Nachfahren als Betriebsinhaber. So operieren in Deutschland über 600.000 Klein- und Mittelbetriebe, die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gehören und betreiben, darunter besonders viele Familienbetriebe, die besonders flexibel arbeiten (können). Diese Betriebe geben Arbeit, zahlen Steuern, entrichten Sozialbeiträge und beteiligen sich an der Ausbildung junger Menschen. Im langfristigen Vergleich steigt die Zahl der selbstständigen Ausländer. Ohne sie wären Wachstum und Beschäftigung niedriger in Deutschland – Migranten hatten bereits einen wichtigen Anteil am „Wirtschaftswunder“. Mehr noch: Un-

ternehmer und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte können aufgrund ihrer Sprachkenntnisse und interkulturellen Kompetenzen dem Exportweltmeister Deutschland in besonderer Weise helfen, neue Märkte im Ausland zu erschließen und neue Kooperationspartner zu gewinnen. Doch statt die differenzierte Wirklichkeit wahrzunehmen, leidet rechtsextreme Propaganda erheblich unter Realitätsferne oder gar politischem Autismus.

„Überfremdung“

Rechtsextreme Rhetorik warnt vor einer gesellschaftlichen „Überfremdung“, weil sie Integration ablehnt statt sie zu fördern. Tatsache ist: Die übergroße Mehrheit der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bereichert das gesellschaftliche Leben in Deutschland – materiell und immateriell. Beispiele sind türkische Kioskbetreiber und Intellektuelle, afrikanische Nonnen, brasilianische Fußballspieler, italienische Pizzabäcker und Eisdielenbesitzer, portugiesische Sprachlehrer, japanische Opernsänger, kroatische Krankenschwestern, polnische Ärztinnen und arabische Altenpflegerinnen und vieles mehr. Um wie viel ärmer wären wir ohne sie? Durch einen Großteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte lässt sich zum Beispiel Respekt vor Religion, Familiensinn, Kinderfreundlichkeit und Gastfreundschaft (wieder) entdecken.

„Weg mit Hartz IV“

Rechtsextreme Rhetorik wettet gegen Hartz IV. Sicherlich ist es nicht vergnügungssteuerverpflichtig, Hartz IV zu beziehen, das heißt als vierköpfige Familie pro Monat von 1.700 Euro zu leben. Doch rein fiskalisch betrachtet ist Hartz IV das „größte Sozialaufbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik“ (Peer Steinbrück) mit einem zweistelligen Milliardenzuwachs gegenüber dem Status quo ante (zuvor waren Sozialhilfebezieher nicht rentenversichert). Das heißt, Hartz IV kostet pro Jahr 12 Milliarden Euro mehr als Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen jemals pro Jahr gekostet haben, obwohl die Arbeitslosigkeit 2008 deutlich niedriger lag als früher. Das ist die Realität; alles andere sind Legenden.

Entgegen grassierenden Gerüchten zählt zu Hartz IV sowohl der Regelsatz (derzeit über 350 Euro pro Erwachsenen/Monat; für Kinder liegt er niedriger; Kindergeld wird, Stand heute, angerechnet) als auch Kostenerstattung für eine angemessene Unterkunft und für Heizung. Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört das Prinzip, nur denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können – wer Hilfe braucht, muss sie erhalten; wer keine Hilfe braucht, darf keine beanspruchen und bekommen. Tatsächlich hilft Hartz IV, Arbeitslose zu aktivieren. Doch bis heute sind die Unterschiede zwischen Hartz IV und Niedriglöhnen (gerade auch Lehrlingsgehältern) oft gering. Umso wichtiger ist die Frage, ob Sozialhilfekarrieren über Generationen wirklich sozial gerecht sind?

Gegen „Sozialabbau“

Regelmäßig kritisieren Rechtsextremisten „Sozialabbau“. Tatsächlich gibt es gegenwärtig in Deutschland zwar große soziale Probleme – vor allem Kinderarmut, Bildungsdefizite, Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit. Doch das ist nur ein Teil der Realität. Zugleich fließen fast drei Viertel der Staatsausgaben in soziale Kassen. Mehr noch: Zumindest 2008 gab es die höchste Beschäftigungsquote in der deutschen Geschichte – rund 40 Millionen, davon weit überwiegend sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Stellen.

Auch wenn die internationale Finanz- und Exportkrise einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit verursachen könnte, gerade für die Exportnation Deutschland: In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit erheblich gesunken, ebenso die Jugendarbeitslosigkeit – nie registrierten die Behörden mehr Lehrstellen als 2008. In weiten Teilen Süddeutschlands existierte 2008 so gut wie Vollbeschäftigung. Nach wie vor fehlen vielerorts Geringqualifizierte, aber auch Fachkräfte, zum Beispiel Ingenieure, Lehrer oder Ärzte vor allem im Osten.

„Unsoziale Marktwirtschaft“

Regelmäßig bemängeln Rechtsextremisten eine angebliche Umverteilung von unten nach oben. Doch die 10% der Bestverdiener entrichten über 50% des Einkommensteueraufkommens – die wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Dagegen beteiligt sich die untere Hälfte nur mit 7,5% am Aufkommen der

Einkommensteuer. Geringverdiener profitieren vom steuerfreien Existenzminimum. Die Staatsquote tendiert gegen 50% – beinahe die Hälfte dessen, was die Bevölkerung offiziell erwirtschaftet, unterliegt der staatlichen Umverteilung. Das Bundesverfassungsgericht warnt bereits, eine faktische Belastung privater Einkommen und Vermögen über 50% missachte das „Übermaßverbot“. Auch wenn Rechtsextremisten immer wieder versuchen, einen anderen Eindruck zu erwecken: Die Soziale Marktwirtschaft kennzeichnet eher eine starke Umverteilung von oben nach unten als umgekehrt.

Um ihre expansive Ausgabenpolitik bzw. ihre verantwortungslose „Nach-mir-die-Sintflut“-Politik zu finanzieren, müssten Rechtsextremisten realistischere sowie sowohl Steuern und Sozialbeiträge als auch die Schulden erhöhen (Steuererhöhungen von morgen). Doch wer noch höhere Staatsschulden will, erhöhte die Ausgaben für den Schuldendienst und machte damit vor allem Banken und Reiche noch reicher, bei denen sich der Staat Geld leihen muss. Je höher der Schuldendienst, desto weniger Geld bleibt für wirklich Bedürftige und für Investitionen in Innovation, Bildung und Zukunft – gerechtere Bildungschancen für alle bieten erfahrungsgemäß die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg; je mehr Leistungsträger und je weniger Leistungsnehmer, desto besser für die Steuer- und Sozialkassen.

Noch höhere Steuern und Sozialbeiträge wären ebenfalls unsozial. Denn sie träfen gerade Normalverdiener. Denn in der Einkommensteuer tragen eben die 10% der Bestverdiener schon heute über 50% des Aufkommens. Hier lässt sich kaum draufsatteln. Um die explodierenden Ausgaben zu finanzieren, müssten die Rechtsextremisten deshalb vor allem Sozialbeiträge und die aufkommensstarke Mehrwertsteuer drastisch erhöhen. Dies träfe vor allem Normalverdiener, die den Großteil ihres Einkommens für Konsum ausgeben (müssen).

Wenn Rechtsextremisten könnten, wie sie wollen, würden zentrale Probleme per saldo gravierender statt geringer. Denn Investoren, die in Deutschland Arbeitsplätze schaffen (wollen), verfügen durch die beschleunigte Globalisierung über mindestens vier Mittel gegen verschlechterte Bedingungen: Investitionsverweigerung (Unternehmer mutieren zu Unterlassern), Auswanderung, Schwarzarbeit oder Ersatz von Menschen durch Maschinen. Kurz: Rechtsextremisten ignorieren konsequent Adam Riese und die Grundregeln der Mathematik. Die expansive und explodierende Ausgabenpolitik von Rechtsextremisten würde Deutschland ruinieren. Je mehr Einfluss sie bekämen, desto schlechter für Investitionen, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit in Deutschland und desto besser für Investitionen, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit im Ausland. Also keine gute Politik für ein starkes Deutschland.

Gegen „die kriminellen Ausländer“

Immer wieder wenden sich Rechtsextremisten gegen „kriminelle Ausländer“, um absurderweise zu insinuieren, alle Ausländer wären kriminell. Auch wenn der Ausländeranteil unter Tatverdächtigen weit über dem Durchschnitt liegt: Unter allen Ausländern ist jene Bevölkerungsgruppe weit überrepräsentiert, die auch unter Deutschen einen überproportionalen Anteil an Tatverdächtigen beisteuert – junge, schlecht ausgebildete Männer, die in Städten leben. Unter gut integrierten Ausländern gibt es hingegen genauso viele bzw. wenige Tatverdächtige wie unter alteingesessenen Urdeutschen. Insofern ist die Parole von „den kriminellen Ausländern“ meilenweit entfernt von der differenzierten Realität. Kriminalität von Deutschen und Nichtdeutschen ist primär ein soziales, weniger ein kulturelles und überhaupt kein genetisches Problem – entgegen rechtsextremer Demagogie. Umso wichtiger ist es, sowohl schlecht integrierte Deutsche als auch schlecht integrierte Ausländer in die Gesellschaft einzubinden – vor allem durch Bildung und Qualifizierung.

Für Diktaturen

Gerade dann, wenn sie meinen, unter sich zu sein, versuchen Rechtsextremisten immer wieder, Hitlers Holocaust und seinen Angriffskrieg zu bestreiten, zu beschönigen, zu bagatellisieren oder gar zu bejubeln, obwohl es keinen begründeten und begründbaren Zweifel an beiden Jahrhundert-Verbrechen gibt: Hitler und seine Helfer haben den bisher schlimmsten Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungsfeldzug der Menschheitsgeschichte begonnen und begangen. Weil heutige Rechtsextremisten versuchen, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bestreiten, zu beschönigen, zu bagatellisieren oder gar zu bejubeln, gibt es in Deutschland (und anderswo) das strafbewehrte Verbot, diese historischen Tatsachen offen zu leugnen.

Widerspricht ein solches Verbot nicht dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit? Das Bundesverfassungsgericht hat diese Frage verneint. Seine Begründung: Dass Hitler und seine Helfer sechs Millionen europäische Juden ermordet haben, ist definitiv erwiesen. Ungezählte Augenzeugenberichte und Dokumente, gerichtliche Feststellungen in zahlreichen Strafverfahren und die Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft verbieten jeden vernünftigen Zweifel daran. Deshalb, so das Bundesverfassungsgericht, rangiert die faktenfreie

Behauptung, es habe keinen Holocaust gegeben, außerhalb der geschützten Meinungsfreiheit.

Im Widerspruch dazu monieren Kritiker, in einer aufgeklärten Welt dürfe es keine Tabus geben. Doch Tabus, also das, was man weder tun noch sagen darf, gehören zu den Grundlagen der Kultur – und das nicht nur in jenen vormodernen Gemeinschaften, für die sich Ethnologen interessieren, sondern auch in modernen Gesellschaften. Tabus sind nicht von vornherein irrational. Viele von ihnen dienen dem inneren Frieden einer Gesellschaft. Viele lassen sich vernünftig begründen. Das gilt allemal für die Ächtung der Lüge, es habe keinen Holocaust gegeben. Die Strafbarkeit der Leugnung des Holocaust gehört deshalb auch zum Verteidigungsarsenal einer wehrhaften Demokratie.

Um von ihrer NS-Apologik abzulenken, monieren Rechtsextremisten gelegentlich, Hitler habe die größte Niederlage Deutschlands verursacht, ohne damit seinen Angriffskrieg samt Massenverbrechen zu erwähnen oder gar zu verurteilen. Vor allem aus strafrechtlichen Gründen und weil sie sich selbst verharmlosen wollen, meiden die meisten Rechtsextremisten heute oft offene NS-Apologik und offenen Antisemitismus. Um geläutert zu scheinen, beteuern sie stattdessen gelegentlich, lediglich eine einseitige „Vergangenheitsbewältigung“ zu bekämpfen, die deutsche Opfer ausblendet (Bombenkrieg/Vertreibung).

Zwar gab es im Zweiten Weltkrieg und danach gewiss Verbrechen anderer Länder – die alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte verursachten viele Todesopfer unter der Zivilbevölkerung. Doch immerhin zielten die westalliierten Bombardements darauf, Hitlers Angriffskrieg schnellstmöglich zu beenden; das Kriegsende wiederum stoppte NS-Massenverbrechen an deutschen und ausländischen Zivilisten. Rechtsextremisten wollen offenkundig von solchen Zusammenhängen bzw. Zeitläufen ablenken, Kausalitäten verwischen, Unterschiede nivellieren und Hitlers Holocaust vertuschen.

Mit dem Ziel, von ihrer Ideologie abzulenken, verweisen Rechtsextremisten und andere gern auf den angeblich starken Einfluss von Altnazis in der frühen Bundesrepublik, um deren Legitimität zu untergraben und sich selbst zu rechtfertigen.⁸ Tatsächlich gab es damals ehemals „tiefbraune“ Nationalsozialisten in hohen Ämtern; Figuren normalerweise, die unter Hitler zumindest ideologisch fest waren, wenigstens anfangs. Doch in der jungen Bundesrepublik mussten

8 Vgl. Peter Graf Kielmansegg: Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989; Hermann Lübke: Vom Parteigenossen zum Bundesbürger: Über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten, Paderborn/München 2007.

sie sich als Demokraten bewähren. In der Regel versuchten sie sogar, 150%-Demokraten zu sein, gerade weil sie eine „tiefbraune“ Vergangenheit hatten.

Tatsächlich hätte eine vollständige Absonderung aller NSDAP-Mitglieder nach dem 8. Mai 1945 wohl wie ein Konjunkturprogramm für rechtsextreme Parteien fungiert. Wesentlich ist heute der Unterschied, ob sich jemand nach einer Diktatur (erneut) für eine freiheitsfeindliche oder für eine demokratische Politik engagiert – sei es aus innerer Überzeugung oder Opportunismus. Es gehört zu den zentralen Aufgaben demokratischer Parteien, reuige Mitläufer oder Stützen einer Diktatur für die Demokratie zu gewinnen. Das heißt allerdings auch: Solche Leute dürfen niemals auch nur ansatzweise versuchen, demokratische Politik in eine extremistische Richtung zu lenken.

Zugleich gibt es bis heute Rechtsextremisten, die nationalsozialistische Traditionen pflegen: So begehen sie Hitlers Geburtstag, den Geburts- und Todestag von Rudolf Heß sowie den Jahrestag der "Machtergreifung" Hitlers. Kontinuierlich hetzen Rechtsextremisten gegen Juden und den Widerstand vom 20. Juli 1944; ebenso gegen die westalliierten Befreier. Ungeniert loben sie Hitlers Beschäftigungspolitik und verbreiten andere Legenden über das „Dritte Reich“. Über die SED-Diktatur äußern sich Rechtsextremisten oft ambivalent: Einerseits nennen sie sowohl die SED-Diktatur als auch die Bundesrepublik einen „Vasallenstaat“; andererseits verklären und loben sie die SED-Diktatur, insbesondere ihre „sozialen Errungenschaften“, ihre Israelfeindlichkeit und ihre Ausländerpolitik. Unter Rechtsextremisten firmiert die DDR im Vergleich zur „BRD“ oft als das deutschere Deutschland – gerade wegen ihrer geringen Quote an Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Das SED-Regime war, anders als auch Rechtsextremisten behaupten oder insinuierten, ebenfalls ein Unrechtsstaat und eine Diktatur. Obwohl die SED keine sechs Millionen Juden ermorden ließ und keinen mörderischen Weltkrieg entfesselt hat: Bis 1989 hat auch sie unschuldige Menschen zersetzen, quälen, terrorisieren, foltern, töten und ermorden lassen. Ähnlich wie andere Diktaturen hat die SED massenhaft Menschenrechte verletzt. 1953 ließ die „Partei der Arbeiterklasse“ auf unschuldige Arbeiter schießen. Bis zuletzt hat die SED missliebige DDR-Bürger verkauft – ein Gipfel des Materialismus. Insgesamt ist die SED verantwortlich für über 950 Tote an Mauer und Stacheldraht: Erschossene, ertrunkene und zerfetzte Ausreisewillige. Hinzu kommen rund 250.000 politische Gefangene in der SED-Diktatur (inklusive Isolationsfolter und anderer Arten von Psychoterror). Im weiteren Sinne gehören auch DDR-Normalbürger, die eher Untertanen waren, zu den Opfern der SED, die ihnen Lebenschancen raubte.

Wie unmenschlich die SED war, zeigt bereits der Schießbefehl (für Fälle von Fahnenflucht). Wörtlich heißt es in der „Lizenz zum Töten“: „Zögern Sie nicht mit der Anwendung der Schusswaffe, auch dann nicht, wenn die Grenzdurchbrüche mit Frauen und Kindern erfolgen, was sich die Verräter schon oft zu nutze gemacht haben“. Umso wichtiger bleibt es, immer wieder unter anderem an Chris Gueffroy, Jahrgang 1968, zu erinnern, den die Grenzer im Februar 1989 an der innerdeutschen Grenze erschossen, weil er von Deutschland nach Deutschland wollte. Er war nur einer von vielen DDR-Bürgern, die durch SED-Terror starben.

Ein anderes Beispiel von vielen für die Menschenverachtung der SED ist Gisela Mauritz mit ihrem Sohn. Die SED ließ die junge Chemnitzerin 1974 am Grenzübergang Marienborn verhaften. Grund: Gisela Mauritz wollte mit ihrem vierjährigen Sohn die DDR verlassen. Ein Gericht verurteilte sie daraufhin zu viereinhalb Jahren Haft, die sie im Zuchthaus Hoheneck verbüßen musste, eine der berüchtigsten Haftanstalten der DDR. Während ihrer Haftzeit adoptierte ein linientreues Ehepaar den Sohn von Gisela Mauritz – gegen deren Willen. Trotz aller Einschüchterungsversuche suchte Gisela Mauritz nach ihrer Entlassung erneut nach ihrem Kind.

Deswegen ließ die SED sie zum zweiten Mal verhaften und zu über zwei Jahren Haft verurteilen. Nach ihrer erneuten Entlassung verbot die SED ihr, die Hauptstadt der DDR zu betreten, wo ihr Sohn lebte. Erst fünf Jahre später, 1988, gelang es der Bundesregierung, Gisela Mauritz freizukaufen. Als Gisela Mauritz ihren Sohn Anfang 1989 mithilfe des Fernsehmagazins „Report“/München wiederfand, hatte der inzwischen Achtzehnjährige keine Erinnerung mehr an seine Mutter. Mehr noch: Die 15-jährige Trennung hatte beide einander stark entfremdet. Was Gisela Mauritz und ihrem Sohn damit durch die SED widerfuhr, entsprach dem, was in der DDR „sozialistische Gesetzlichkeit“ hieß.

Zur ganzen Wahrheit über die DDR gehört aber auch das, was der Deutsche Bundestag am 17. Juni 1994 mit großer Mehrheit feststellte: „Die politisch-moralische Verurteilung der SED-Diktatur bedeutet keine Verurteilung der ihr unterworfenen Menschen, im Gegenteil. Die Deutschen in der SBZ/DDR haben den schwereren Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu tragen gehabt.“ Es gab „richtiges Leben im falschen System“. Deshalb wäre es unzureichend und unzulässig, Ostdeutschland zwischen 1949 und 1989 auf die SED-Diktatur zu reduzieren. Selbstverständlich gab es in der DDR viele hoch qualifizierte und motivierte Facharbeiter. Natürlich gab es unter oft widrigen Bedingungen viel engagierte Arbeit, viel Kreativität und viel Improvisationstalent; ebenso mutige

Auflehnung, innere Emigration, privates Glück, schöne Familienfeste, lesenswerte Bücher und sehenswerte Theateraufführungen.

Gerade auch der besonders starke Zusammenhalt vieler Familien gegen staatliche Repression charakterisierte die DDR. Die große Mehrheit war weder Mitglied der SED noch kooperierte sie mit dem MfS; 95 % der DDR-Bürger engagierten sich nicht für das MfS; vier von fünf Erwachsenen waren nicht SED-Mitglied. Die SED profitierte insofern eher von Resignation statt Akzeptanz der Mehrheit. Einbrechern drohte, das ist klar, auch in der DDR zu Recht Bestrafung. Das alles ändert aber nichts am unverkennbaren Unrechtscharakter des SED-Regimes, das die Menschen in der DDR nie gewählt haben – in freien Wahlen; vielmehr musste die Stasi („Schild und Schwert der Partei“) das SED-Regime mit mörderischen Methoden vor der Bevölkerung schützen. Umso höher ist der Mut, offen Stellung gegen ein totalitäres Regime zu beziehen, einzuschätzen.

Insgesamt bleibt es bedeutsam, die DDR-Wirklichkeit differenziert und ohne Hochmut zu behandeln – wer sie einseitig darstellt, hilft ihren Schönrednern, denen es meist weniger um die Lebensleistungen und „Biographien“ der DDR-Bürger geht, sondern eher darum, ein totalitäres System zu verteidigen, das Menschenrechte schwerwiegend verletzt hat. Umso wichtiger sind differenzierte Darstellungen der DDR, die es erschweren, den perfiden Eindruck zu erwecken, Kritik an ihr richte sich gegen die Lebensleistungen und „Biographien“ der DDR-Bürger. Denn anders als rechtsextreme und andere Kräfte glauben machen wollen, hielt die Mehrheit der Ostdeutschen größtmögliche Distanz zur Diktaturpartei – im Unterschied zu einer SED-nahen Minderheit. In Diskussionen über die DDR ist es wichtig, stärker zu unterscheiden zwischen dem verbrecherischen Regime, das die SED mit Hilfe der Stasi betrieb, und DDR-Normalbürgern, die schlicht versuchten, durchzukommen, ohne sich mitschuldig zu machen, so schwer das oft war.

Entgegen auch rechtsextremer Demagogie war die DDR ebenso wenig ein soziales Paradies. Zwar waren zum Beispiel die Mietpreise insgesamt deutlich niedriger als heute, aber deswegen auch die Wohnqualität – ganze historische Altstädte verfielen nach dem Motto: „Ruinen schaffen ohne Waffen“. Im Vergleich zu heute kennzeichnete eine meist deutlich schlechtere Versorgung von Kranken, Behinderten und Alten die DDR; ebenso eine niedrigere Lebenserwartung, höhere Suizidquoten, höhere Umweltbelastungen, ein geringerer Lebensstandard der meisten sowie jahrelange Wartezeiten etwa auf Wohnraum und Pkw. Rund 2% der ostdeutschen Betriebe waren weltweit wettbewerbsfähig. Die verdeckte Arbeitslosigkeit lag in der DDR bei 16% – 40 Jahre SED-Diktatur

und Kommandowirtschaft sind bis heute der Hauptgrund, warum die Arbeitslosigkeit im Osten heute doppelt so hoch ist wie im Westen.

Die Sicherheit der Arbeitsplätze in der DDR kannte Grenzen: Wer sich mit der SED anlegte, gefährdete seinen Arbeitsplatz in der DDR. Insofern war die DDR kein Arkadien für kleine Leute, sondern die übergroße Mehrheit lebte in einer Mangelgesellschaft – abgesehen von SED-Bonzen und ihren Vasallen. Die SED hatte eine neue Klassengesellschaft etabliert, die bei der Zuteilung von Lebenschancen zwischen Systemnahen und Systemfernen unterschied. Medizinische Spitzenleistungen (oft aus dem Westen) gab es gemeinhin nur für SED-nahe Bürger. Wer Zugang zu knappen Gütern erhalten wollte, brauchte üblicherweise vor allem gute Beziehungen – oft mangelte es an den einfachsten Gütern.

Die DDR hat 1990 kein Milliardenvermögen in die Wiedervereinigung eingebracht, wie mancher heute meint, sondern sie war pleite. Das verdeutlicht gerade auch der Bericht Gerhard Schürers vom Herbst 1989, der in der SED-Führung für Wirtschaft zuständig war. Nach seiner Analyse war die wirtschaftliche Lage der DDR desaströs. Um gegenzusteuern, plädierte er dafür, unwirtschaftliche Arbeitsplätze massenhaft abzubauen und viele Preise zu erhöhen. Die SED benötigte, so Schürer, weitere Milliardenkredite (25 Mrd. DM) vom Klassenfeind, der Bundesrepublik. Andernfalls drohe DDR-Normalbürgern eine weitere Senkung des Lebensstandards. Heute ist erstaunlicherweise selten die Frage zu hören, ob in der Wirtschaftsgeschichte jemals eine Volkswirtschaft bankrott ging, ohne zu Massenarmut zu führen. Kurz: Die sozialen Leistungen, die es in der DDR gab, waren äußerst unsolid finanziert bis zum Staatsbankrott und zur Zahlungsunfähigkeit. Umso wichtiger ist Aufklärung gegen Tendenzen zur Verklärung der deutschen Diktaturen, die unübersehbare Unterschiede trennen, die aber auch auffällige Analogien teilen.

Gegen Europa

Rechtsextreme Rhetorik kritisiert die europäische Integration. Doch wie wichtig und notwendig die europäische Integration ist, zeigte sich derzeit besonders deutlich. Denn kein europäisches Land ist imstande, die globale Krise im Alleingang zu lindern oder gar zu lösen. Speziell der Euro erweist sich in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise als großer Glücksfall für die Länder der Euro-Zone. Ohne den Euro hätte die Krise schnell zur Währungskrise mutieren können – mit fatalen Folgen für die Exportwirtschaft in Deutschland.

Gerade jetzt beweisen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und ihre Orientierung an Geldwertstabilität ihren Wert. Es zeigt sich, wie wichtig der gemeinsame Markt mit gemeinsamer Währung ist für Wohlstand und Stabilität in Europa und Deutschland.

Ohne den Euro wäre vieles schwieriger. Zu den Vorteilen des Euro gehört die Chance, in weiten Teilen der EU problemlos mit einer gemeinsamen Währung zu zahlen. An der Grenze zu 15 EU-Staaten muss niemand mehr Geld tauschen. Mit dem Euro entfallen Wechselgebühren und Wechselkursschwankungen. Das komplikationslose Reisen ist nur ein Pluspunkt der gemeinsamen Währung. Der Euro erleichtert europaweite Preisvergleiche. Ohne die EU gäbe es keine gemeinsame, stabile Währung für zwei Drittel aller EU-Bürger.

Die europäische Integration leistet vor allem einen großen Beitrag, den Frieden auf dem Kontinent zu sichern. Denn durch die EU sind zwei epochale Ziele erreicht: Die Versöhnung ehemaliger Kriegsgegner nach 1945 und die Wiedervereinigung des Kontinents in Freiheit nach 1989. Jetzt geht es vor allem um die Selbstbehauptung Europas in der Welt. Eine Zahlenreihe verdeutlicht, worum es genau geht: 1950 betrug der Anteil des europäischen Kontinents an der Weltbevölkerung gut ein Fünftel (22 %). Heute ist es nur noch gut ein Zehntel (11 %).

Im Jahr 2050 werden wohl nur noch 6,5% der Menschheit in Europa leben. Umso wichtiger ist die europäische Integration; umso wichtiger ist es, durch die europäische Integration Kräfte zu bündeln und stärker an einem Strick zu ziehen und auch in dieselbe Richtung. Kurz: Deutschland ist in Jahrzehnten hervorragend damit gefahren, nationale und europäische Interessen eben als keinen Gegensatz zu betrachten und zu behandeln – weder wirtschaftlich noch politisch. Deshalb hat Deutschland Souveränität freiwillig abgegeben und damit Vertrauen bei seinen Nachbarn gewonnen. Dadurch erst hat es neue Handlungsfreiräume gewonnen. Weniger ist mitunter mehr.

Wo stünde Deutschland hingegen heute ohne EU-Mitgliedschaft?

- Ohne EU wäre der Kampf gegen globalen Terrorismus und weltweite Kriminalität viel schwieriger.
- Ohne EU wäre es unmöglich, frei in 27 Länder zu reisen und in 17 Ländern mit einer Währung zu bezahlen.
- Ohne EU würden nicht – wie heute – mehr als 50% der deutschen Exporte in die europäischen Länder gehen.

- Ohne EU wäre es schwieriger, den Wohlstand der größten Volkswirtschaft im Herzen Europas zu sichern.
- Ohne EU würde es schwieriger werden, Regeln für die Finanzmärkte festzulegen, um die Hybris von Teilen der Finanzbranche zu verhindern.
- Ohne EU wäre es schwerer, die deutsche Energieversorgung zu sichern und Umweltprobleme zu lösen, die normalerweise keinen Halt machen an Ländergrenzen.

Kurz: Ohne seine EU-Mitgliedschaft wäre Deutschland als Nation schwächer. Deshalb schwächt Deutschland, wer das Land – wie Rechtsextremisten und andere – aus der EU lösen will, um es international zu isolieren. Nun gewinnt die EU mit dem Lissabon-Vertrag an Effizienz, unter anderem weil er vorschreibt, das Einstimmigkeitsprinzip stärker durch die Mehrheitsregel zu ersetzen.

Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr

Immer wieder wettern Rechtsextremisten gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Doch von einem solchen Pseudopazifismus könnten Diktatoren profitieren. Je stärker der Pseudopazifismus, desto leichter könnten Diktatoren „ihre“ Bürger bzw. ihre Untertanen unterdrücken, ihre Menschenrechtsverletzungen zur inneren Angelegenheit stilisieren, andere Länder überfallen (wie Saddam Hussein im Falle Kuwaits) und damit sowohl den inneren als auch äußeren Frieden gefährden. Auch wenn sich kein vernünftiger Mensch Krieg wünscht: Allein mit diplomatischen oder ökonomischen, aber ohne militärische Mittel ist es erfahrungsgemäß schwer oder unmöglich, Unrechtsregime von der Macht zu vertreiben; also Regime, die Terrorcamps dulden oder fördern und massenhafte Menschenrechtsverletzungen verursachen wie das Willkürregime der Taliban oder Massenmörder à la Milošević.

Vor allem Hitler, der anfangs gerade auch von der Lethargie westlicher Regierungen profitierte, ließ sich letztlich nur durch militärische Macht stürzen – es gibt gerechte Kriege. Immer wieder hat militärische Macht schlimmeres Leid verhindert. Es gilt die Devise: Friedenspolitik durch glaubwürdige Abschreckung mittels militärischer Macht ja, wohlfeiler Pseudopazifismus nein. Pseudopazifismus begünstigt faktisch Imperialismus (Einmarsch Saddam Husseins in Kuwait) und massenhafte Menschenrechtsverletzungen (serbische Massensterben an muslimischen Bosniern), darunter Völkermorde. Ohne militärische Absicherung wäre es viel schwerer oder gar unmöglich, zum Beispiel in Af-

ghanistan Elemente von Rechtsstaatlichkeit zu etablieren. Der komplizierte Aufbau einer Zivilgesellschaft würde unterminiert; das Land drohte wieder stärker zum Hauptstützpunkt des gewalttätigen Islamismus zu mutieren, der auch Deutschland stärker bedrohte. Die Bundeswehr verteidigt insofern in Afghanistan auch Deutschlands Sicherheit.

Fazit

Zwar ist die liberale Demokratie genauso wenig perfekt wie alles andere auf Erden. Doch es gibt keine menschenwürdigere Staatsform als die Demokratie. Bereits Winston Churchill bemerkte, die Demokratie sei die zweitbeste Staatsform – die beste gebe es nicht. Selbst in ihrer schwersten Krise seit Jahrzehnten sind Demokratie und Soziale Marktwirtschaft jeder Staatsform überlegen. Umso wichtiger ist es, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft gegen alle ihre Gegner und Feinde offensiv zu verteidigen – unabhängig von deren Nationalität.

Auch wenn NPD & Co bislang weit davon entfernt sind, zu einer Massenbewegung zu mutieren: Sie sind teilweise gefährlicher als in der jüngeren Vergangenheit und bleiben ernst zu nehmen. Deshalb darf Engagement gegen Rechtsextremismus keine Saisonarbeit sein. Vielmehr gilt es, rechtsextreme Hassprediger mit gelassener Entschlossenheit zurückzudrängen – nach der Devise: Hinsehen und Handeln statt Wegsehen und Warten; mit Wort und Wahlzettel, notfalls auch mit Gesetz und Gefängnis. Die Vision ist klar: Deutschland soll zu einer „no-go-area“ für Rechtsextremismus mutieren, die keine Parallelgesellschaften duldet; weder solche, in denen sich schlecht integrierte Deutsche tummeln, noch solche mit schlecht integrierten Zuwanderern und ihre Sprösslingen.

PositionLiberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Weitere Publikationen unter www.libinst.de

- [89] Charles B. Blankart
**AUTONOMIEPRINZIP UND VERWALTUNGSPRINZIP
ZWEI ANSÄTZE EINER GEMEINDEORDNUNG**
- [88] Martin T.W. Rosenfeld
**FINANZIERUNG KOMMUNALER AUFGABEN – ÖKONOMISCHE PRINZIPIEN, MODERNE
HERAUSFORDERUNGEN UND INSTITUTIONELLE GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN**
- [87] Robert Nef
**GEMEINDEAUTONOMIE, DIREKTE DEMOKRATIE UND STEUERWETTBEWERB
IN DER SCHWEIZ**
- [86] Fred E. Foldvary
**DIE PRIVATE BEREITSTELLUNG ÖFFENTLICHER GÜTER
VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT DES KOMMUNALEN LIBERALISMUS**
- [85] Immo H. Wernicke (2009)
**FINANZKRISE – KRISE DER AMTLICHEN STATISTIK?
KRITIK AN STAATLICHER BERICHTERSTATTUNG ZUR LAGE VON WIRTSCHAFT UND
FINANZMÄRKTEN IM KRISENJAHR 2008**
- [83] Jakob von Weizsäcker (2009)
**HOHER ZAUN UND ENGE PFORTE?
PRIORITÄTEN FÜR DIE EUROPÄISCHE MIGRATIONSPOLITIK**
- [81] Sibylle Laurischk (2009)
WIE LIBERAL SIND DIE DEUTSCHEN ZUWANDERUNGSREGELUNGEN?
- [80] Detmar Doering (2009)
RECHTSSTAAT UND WIRTSCHAFTLICHE FREIHEIT
- [79] Tom G. Palmer (2009)
ZWANZIG MYTHEN ÜBER MÄRKTE
- [77] Susanne Maria Schmidt/Olaf Steglich (2009)
**AUS GEGEBENEM ANLASS – ODER WARUM DIE ORDNUNGSPOLITIK DAS EINZIGE
HEILMITTEL FÜR DIE FINANZMÄRKTE IST**
- [76] Steffen Henrich (2009)
IN GUTEN HÄNDEN? UMWELTSCHUTZ ALS STAATSAUFGABE
- [75] Detlef Parr (2008)
LEISTUNGSSPORT UND BREITENSORT: GESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN?
- [74] Reto Steiner (2008)
**GRUNDLAGEN UND KRITISCHE ERFOLGSFAKTOREN VON BENCH-MARKING IM
ÖFFENTLICHEN SEKTOR – DARGESTELLT AM BEISPIEL DER SCHWEIZ**
- [73] Gary Merrett (2007)
MARKTWIRTSCHAFT IN SCHULBÜCHERN
- [72] Thomas Straubhaar (2007)
EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND
- [71] Klaus Büniger (2007)
**ZUR EROSION DER MARKTWIRTSCHAFTLICHEN WIRTSCHAFTSVERFASSUNG
DER EUROPÄISCHEN UNION**
- [70] Peter A. Henning (2007)
ZUR INTERNATIONALISIERUNG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULEN
- [69] Roland Vaubel (2007)
IDEEN ZU EINEM VERSUCH, DIE TÄTIGKEIT DES STAATES ZU BEGRENZEN
- [68] Otto Graf Lambsdorff (2006)
MEHR BETEILIGUNGSKAPITAL – MEHR MARKTWIRTSCHAFT
- [67] Rainer Erkens (2006)
ENTWICKLUNG KANN MAN NICHT KAUFEN